



Ministerium der Justiz Rheinland-Pfalz | Postfach 32 60 | 55022 Mainz

Deutscher Hanfverband
- zu Hd. Herrn Georg Wurth -
Rykestr. 13
10405 Berlin

Ernst-Ludwig-Straße 3
55116 Mainz
Zentrale Kommunikation:
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-4887
Poststelle@jm.rlp.de
www.jm.rlp.de

20. Juli 2022

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail	Telefon / Fax
1402E22-0257 Bitte immer angeben!		Daniela Schillinger Strafrechtsabteilung@jm.rlp.de	06131 16-4801 06131 16-4844

Ihr Schreiben vom 14. Juli 2022 an Herrn Justizminister Martin

Sehr geehrter Herr Wurth,

auf Ihr Schreiben vom 14. Juli 2022, in welchem unter anderem die Anhebung der Grenze der geringen Menge Cannabis bis zum Zeitpunkt der Legalisierung gefordert wird, darf ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Der Koalitionsvertrag 2021 - 2025 zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sieht in Bezug auf Drogenpolitik Folgendes vor:

"Wir führen die kontrollierte Abgabe von Cannabis an Erwachsene zu Genusszwecken in lizenzierten Geschäften ein. Dadurch wird die Qualität kontrolliert, die Weitergabe verunreinigter Substanzen verhindert und der Jugendschutz gewährleistet. Das Gesetz evaluieren wir nach vier Jahren auf gesellschaftliche Auswirkungen. Modelle zum Drugchecking und Maßnahmen der Schadensminderung ermöglichen und bauen wir aus."

1/2

Kernarbeitszeiten

09:30 - 12:00 Uhr
14:00 - 15:00 Uhr
Freitag: 09:30 - 12:00 Uhr

Verkehrsanbindung

Bus ab Mainz-Hauptbahnhof
Linie 6 bis Haltestelle Bauhofstraße

Parkmöglichkeiten

Schlossplatz, Rheinufer
für behinderte Menschen:
Diether-von-Isenburg-Straße



Eine Neuregelung durch den zuständigen Bundesgesetzgeber liegt bislang nicht vor. Auch wurden noch keine konkreten Modelle zur Umsetzung der beabsichtigten Legalisierung von Cannabis an Erwachsene zu Genusszwecken erarbeitet.

Die Umsetzung dieses Vorhabens bleibt angesichts des Umstands, dass ein entsprechender Gesetzentwurf in absehbarer Zeit vorgelegt werden soll, somit zunächst abzuwarten.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

gez. Daniela Schillinger

Beglaubigt

Regierungsbeschäftigte

